

lungsdrang, personelle Überbesetzung, Ineffizienz sowie Verschwendung öffentlicher Mittel vervollständigen das negative Bild, das sich nach und nach herauschälte und den Blick auf die ebenso vorhandenen positiven Seiten immer mehr verstellte.

Und auf einmal war sie da, und jeder sprach von ihr: der Krise der entwicklungspolitischen Institutionen. Sie besteht unverändert fort, obwohl alle Institutionen nach besten Kräften versuchen, aus der Defensive herauszukommen. Doch keiner weiß genau, wie. Neue Konzepte werden hastig entwickelt, vorgelegt und wieder verworfen. Kundenorientierung, Abbau von Hierarchien, Dezentralisierung, »Empowerment« und »Learning Institutions« sind einige der Schlagworte, mit denen die Reformer das System modernisieren wollen. Hinter diesen Schlagworten versteckt sich viel Richtiges, aber leider auch viel heiße Luft.

Wenig dagegen ist zu hören von einer grundlegenden Überprüfung der Aufgabenstellungen der verschiedenen Einrichtungen und wie weit diese heute noch zu rechtfertigen sind. Das gilt national wie international. Wenig ist auch zu hören von der Beseitigung von Doppelarbeit und Überlappung von Aufgabenstellungen. So gut wie nichts verlautet über eine mögliche Zusammenlegung mehrerer Institutionen (und die dabei erzielbaren Rationalisierungsgewinne) oder gar über die Abschaffung derjenigen Einrichtungen, deren Aufgaben möglicherweise überflüssig geworden sind oder von anderen besser wahrgenommen werden können, beispielsweise vom privaten Sektor bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer.

Die Diskussionen, die über diese Fragen im Rahmen der G-7 und anderswo abgehalten wurden, haben bisher wenig bewirkt. Ob der kürzlich vorgestellte Reformplan des Weltbank-Präsidenten zu viel mehr führen wird als einem weiteren, wenn auch sehr kostspieligen Reförmchen, muß abgewartet werden. Die zentrale Rolle der Informationstechnologie in diesem Plan läßt den Verdacht aufkommen, daß hier angebotsorientiert vorgegangen wird, trotz der immer wieder beschworenen Wichtigkeit größerer Nachfrageorientierung der Bank.

Das UNEP in Nairobi und die UNIDO in Wien können nicht leben und nicht sterben. Die UNCTAD gerät immer mehr in den Schatten der WTO, die ihrerseits nunmehr anfängt, sich auf dem Gebiet der Technischen Hilfe zu tummeln, als ob es dort nicht bereits genug Akteure gäbe. Die OECD wiederum soll nach den Vorstellungen ihres neuen Generalsekretärs aus Kanada die WTO mit handelspolitischen Analysen intellektuell aufrüsten. Und der DAC zeigt in letzter Zeit vermehrt Neigung, das Rad neu zu erfinden, zum Beispiel in seinen Arbeiten zum Thema Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Diese Liste ließe sich ohne Schwierigkeiten beträchtlich verlängern.

Während jeder für sich vor sich hinwerkelt und bemüht ist, an den Symptomen herumzukurieren, verzögern sich die dringend notwendigen grundlegenden Reformen der entwicklungspolitischen Institutionen weiterhin. Das richtet vor allem im multilateralen Bereich immer größeren Schaden an. Die Institutionen müssen angesichts leerer Kassen jedes Jahr neue Mittelkürzungen hinnehmen, denn Washington kennt auf diesem Gebiet keine Gnade; die betroffenen Institutionen müssen immer mehr Abstriche an ihrer Arbeit machen und damit rechnen, eines nicht allzu fernen Tages schwindsüchtig zu werden.

Viel wäre deshalb gewonnen, wenn man sich politisch darauf verständigen könnte, lieber ein Ende mit Schrecken als »inen Schrecken ohne Ende zu suchen. Für die multilateralen Institutionen könnte sich beispielsweise eine Gruppe einflußreicher Frauen und Männer zusammenfinden, die als erstes definiert, welches zentrale Aufgaben der Entwicklungspolitik in den nächsten Jahrzehnten sein werden, die unbedingt im Rahmen internationaler Zusammenarbeit wahrgenommen werden müssen. In einem zweiten Schritt könnte die Gruppe sich dann darüber Gedanken machen, welche Institutionen diese Aufgaben am wirksamsten wahrnehmen können.

Zahlenspiele

Eigentlich sollen Statistiken Realität deutlich machen. Aber man kann auch mit ihnen spielen. Wer kennt nicht den Rat, sich nur auf die zu verlassen, die man selbst gefälscht hat... Jedenfalls entsteht und existiert, absichtlich oder ungewollt, Spielmaterial, das dann, allseits zitiert und historisch fortgeschrieben, ein Eigenleben in Druck, Rechner und Regal entfaltet und sich dabei immer weiter von der Wahrheit – der Realität – entfernen kann.

Ein Blick auf die Angaben in der Übersicht »Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen« in Heft 1/1997 dieser Zeitschrift mag das bestätigen: Selbst einem geographisch ungebildeten Laien wird man zum Beispiel kaum erklären können, durch welchen Zufall sich die Philippinen haargenau über 300 000 Quadratkilometer Fläche erstrecken sollen.

Echt märchenhaft wird es aber erst bei den Bevölkerungszahlen, und man versteht gut, warum die Redaktion sich hier einerseits auf die Quelle (Monthly Bulletin of Statistics) beruft, andererseits aber auch angibt, daß es sich im allgemeinen um (teils grobe) Schätzungen handelt. Das deutlichste Beispiel dafür bietet das Königreich Bhutan.

In der Statistik ist für dieses Land eine Bevölkerungszahl von 1,64 Millionen angegeben. Eine ähnliche Zahl zeigen die Taschenrechner des UNFPA, die Weltentwicklungsberichte der Weltbank und die meisten Lexika – mit der beachtlichen Ausnahme des »Fischer Weltalmanach 1997«, wo die Zahl mit 0,675 zu Buche steht. Danach müßte Bhutan in der Tabelle um gut 12 Plätze nach unten rutschen. Laut neuestem Fünfjahresplan der Regierung gibt es nicht mehr als etwa 584 000 Bhutaner. Dabei sind allerdings die rund 100 000 Flüchtlinge in Nepal nicht mitgezählt, deren Nationalität streitig und Gegenstand von internationalen Verhandlungen ist.

Nehmen wir eine runde Zahl von zwei Dritteln einer Million als einigermaßen verlässliche Schätzung an, so ist die Diskrepanz von einer Million zu den Angaben der UN-Statistik immer noch ziemlich massiv. Die Erklärung ist einfach: Als Bhutan 1971 Mitglied der Vereinten Nationen wurde, wußte man wenig über das Himalaja-Königreich. Die Bhutaner hielten es für vorteilhaft, sich jedenfalls nicht als zu kleines Volk anzumelden und gaben eine gute Million zu Protokoll. Von da an und dank einer ebenfalls geschätzten Wachstumsrate von derzeit 3,1 vH entfaltete die computergestützte Statistik ihr munteres Eigenleben, das auf Tatsachen weiter keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

Nur die nicht gerade zahlreichen Bhutan-Kenner werden gestaunt haben – übrigens auch, als ein Schaubild des Globus-Kartendienstes unter Berufung auf die ILO ausgerechnet Bhutan mit 55 vH erwerbstätiger Kinder als den weltweit schwersten Sünder gegen das Verbot der Kinderarbeit darstellte. Wer weiß schon, daß es in diesem bergigen Agrarland solche Arbeitsplätze gar nicht gibt und daß dort mehr als drei Viertel aller Kinder Schulen besuchen – eine Zahl, die der Fünfjahresplan auf hundert Prozent bringen will. Wer weiß denn überhaupt, daß da hinter den sieben Bergen kluge Entwicklungspolitik betrieben wird und daß – um einmal mehr auf die Frage der meßbaren Quantitäten zurückzukommen – die Bhutaner sogar das auf dem Weltsozialgipfel postulierte »20-zu-20«-Ziel übererfüllen, weil sie mehr als ein Viertel ihrer Staatsausgaben in die Bildung und Gesundheit ihrer Bürger investieren. Dies sind Angaben, die sogar einer kritischen Nachprüfung standhalten.

Was aber soll man zu offensichtlich unzutreffenden Behauptungen der Statistik sagen? Gibt es in diesem Bereich so etwas wie eine moralische Wertung, ist die Korruption der Zahlen möglicherweise ähnlich verwerflich wie die des staatlichen Handelns? Läßt sie sich mit einem Augenzwinkern abtun oder gerät sie zum Fall für »Transparency International«?

Eigentlich enthält eine Statistik Fakten, die per definitionem nicht absurd sein können. Wie aber, wenn es an solcher Faktizität fehlt? Wie verhält sich der Weise? Soll er als Erbsenzähler auf Korrektur bestehen, schöpferisch eigene schaffen oder sich nur an dem munteren Spiel der entfesselten Zahlen erfreuen?

Manfred Kalessa □